

DOPPELINTERVIEW KURT BIEDENKOPF UND CHRISTOPH ZÖPEL

Migration könnte ein Gewinnerthema werden

Die einstigen Visionäre von CDU und SPD empfehlen durchlässigere Grenzen und mehr Tempo beim Klimaschutz.

Der frühere Ministerpräsident von Sachsen, Kurt Biedenkopf (CDU), und der einstige NRW-Verkehrsmminister Christoph Zöpel (SPD) kennen sich gut aus der Landes- und Bundespolitik. Beide waren zeitgleich an der Ruhruniversität Bochum, Biedenkopf als Rektor, Zöpel als AStA-Vorsitzender. Zum 90. Geburtstag des CDU-Politikers am kommenden Dienstag hat unser Redakteur die beiden für ein Interview in Biedenkopfs Anwaltskanzlei in Dresden getroffen.

Herr Biedenkopf, Herr Zöpel, Sie waren einst die Vordenker in Ihren jeweiligen Parteien. Gibt es eine solche Rolle auch heute? Und wer übt sie aus?

BIEDENKOPF Ich mag die Bezeichnung Vordenker nicht. Die Zeiten sind heute ganz anders. Wir haben damals eine Bestandsaufnahme des Gegenwärtigen gemacht und uns gefragt, was sich daraus Neues entwickeln könnte. Dann konnte man arbeiten. Große Programme funktionierten in der Politik höchst selten, weil sie die Menschen nicht ausreichend integrieren konnten, ja sogar

an ihren vorbeigingen. Heute geht es darum, dass viele Länder in Europa nicht handlungsfähig sind, und dass der Populismus vernünftige Lösungen verhindert.

ZÖPEL Ich sehe, dass die beiden großen Volksparteien nicht mehr für Menschen interessant sind, die in Parteien über Veränderungen reden wollen. Intellektuelle Anstöße kommen heute von außen. Wer als Hochschullehrer oder Intellektueller über gesellschaftliche Probleme nachdenkt, macht das lieber außerhalb einer Partei. Das war früher anders. In beiden Parteien gibt es kaum jemand Bekannten, der darüber nachdenkt, was grundsätzlich gemacht werden muss, und wenn ja, stößt das auf Ablehnung durch aktive Funktionsträger.

BIEDENKOPF Ich gehe noch weiter. Es gibt derzeit keine Entschlossenheit, die Wirklichkeit zu verstehen.

Können Sie ein Beispiel nennen?

BIEDENKOPF Wer hätte gedacht, dass eine neue Technologie in Gestalt der Digitalisierung über das Land rasen könnte, und Zehntausende von Menschen ihre Jobs verlieren.

ZÖPEL Gleichzeitig entstehen aber dort neue Arbeitsplätze. Man weiß eben nur nicht genau, wo welche Stellen neu geschaffen werden.

Es wird ja umgekehrt behauptet, dass Deutschland in der Digitalisierung zurückliegt.

ZÖPEL Man sollte da nicht alles schlechtreden. An der Universität Bochum gibt es sieben Lehrstühle zu Informationssicherheit, ein junger Wissenschaftler ist dazu aus Harvard zurückgekehrt, weil Bochum besser sei. Das Urteil, Deutschland liegt in der Digitalisierung zurück, ist mir zu pauschal.

BIEDENKOPF Und dann frage ich mich, warum es notwendig ist, alle Prozesse in allen Unternehmen zu digitalisieren. Sind die deutschen Unternehmen deshalb weniger wettbewerbsfähig, wenn sie sich auf die neue Technologie stürzen? Wenn ich die Exporterfolge unserer Firmen sehe, halte ich den angeblichen Rückstand für nicht so gravierend. Und wenn ich ins Ruhrgebiet oder nach München schaue, dann ist Deutschland in vielen digitalen Anwendungen sogar vorne.

Reden wir über die Folgen der Digitalisierung. Sind wir Deutsche darauf zu wenig vorbereitet?

BIEDENKOPF Wir sind eine alternde Gesellschaft. Die USA sind jünger als wir, die Afrikaner sind noch weit jünger im Durchschnitt als unsere deutsche Bevölkerung. Junge Bevölkerungen nehmen die neuen Technologien bereitwilliger an als ältere. Zugleich verlassen viele Hochgebildete unser Land, weil die Entwicklung in anderen Teilen der Erde spannender und produktiver sein könnte. Insofern ist die Politik schon gefordert, die Probleme zu benennen und die Attraktivität der Bevölkerung und ihrer Strukturen in Deutschland zu befördern.

Was können demokratische Parteien, zumal die traditionellen Volksparteien, tun?

BIEDENKOPF Ich darf es Ihnen an einem Beispiel erklären. Ich war mit 60 Jahren finanziell gut abgesichert und konnte mich auf einen erfüllten Lebensabend freuen. Aber ich habe damals gleichwohl das Wagnis unternommen, hier in Sachsen an verantwortlicher Stelle als Ministerpräsident des Landes noch einmal mitzuwirken und Neues zu lernen. Erst zwölf Jahre später habe ich dann die Politik verlassen, weil es zunehmend Intrigen gab. In einem solchen Klima kann ich nicht arbeiten. Intrigen konnten auch in meiner Partei andere wohl besser.

Fehlen solche Politiker heute?

ZÖPEL Es gibt und gab zu allen Zeiten Politiker, die den Mut hatten, etwas zu unternehmen – ohne Absicherung. Und gleichzeitig gibt und gab es immer Karrierepolitiker, die vor allem an ihre Posten denken

oder dachten.

Auf was kommt es an?

BIEDENKOPF Die Politik ist in Teilen komplizierter geworden. Wenn zwei große Parteien, in diesem Fall die Union und die SPD, die Strömungen im Land jeweils in ihrem Bereich zum Ausgleich bringen können, ist die Regierungstätigkeit leichter. Koalitionen von drei oder gar vier Parteien brauchen so viel Zeit für Grabenkämpfe zwischen diesen Gruppen und verschwenden damit konstruktive politische Arbeit. Die Folge ist, dass das Publikum sich von ihnen abwendet.

ZÖPEL Deshalb wäre es gut, wenn wieder die Alternative zur Auswahl stünde, ein linksdemokratisches und ein rechtsdemokratisches Lager. Wenn diese Alternative sichtbar ist, verlieren rechts- und links-populistische Angebote an Wert. Das ist notwendig für die parlamentarische Demokratie. Die neuen SPD-Parteivorsitzenden Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken haben die Aufgabe nach der nächsten Bundestagswahl die linksdemokratische Alternative aus SPD, Grünen und Linken möglich zu machen, auch programmatisch.

Warum ist die AfD in Ostdeutschland so stark?

ZÖPEL Wir brauchen Zeit, um die Menschen davon zu überzeugen, dass ihnen durch Globalisierung oder Migration keine dauerhaften Nachteile, sondern Vorteile entstehen. In Ostdeutschland gibt es kaum Migranten, trotzdem ist die Ablehnung dort höher als in der alten BRD. Wenn die Menschen erkennen, dass Migranten die Sozialversicherung stabilisieren und tendenziell – bei allen Schwierigkeiten – den Facharbeitermangel lindern, wächst auch in Ostdeutschland die Wertschätzung für Migranten.

BIEDENKOPF Ob die AfD weiter wachsen wird, ist offen. Zum einen sollten wir mit der Migration vernünftig umgehen und bedenken, dass nach einer gewissen Zeit die Migration sich sogar zu einem Gewinnerthema für Deutschland entwickeln könnte.

Überfordern Sie mit einem unkontrollierten Zuzug nicht die Menschen – im Osten wie im Westen?

ZÖPEL Die Zuwanderung muss geordnet sein, sie darf aber nicht verhindert werden. Ich bin sicher, dass viele syrische Flüchtlinge wieder heimkehren, wenn dort Frieden oder halbwegs sichere Verhältnisse bestehen. Mit der Türkei hätten wir einen solchen Stand schon erreicht, wenn sich die Lage dort politisch nicht entdemokratisiert hätte.

BIEDENKOPF Die Entwicklung, dass Menschen Grenzen überschreiten, und zwar in beiden Richtungen, lässt sich nicht aufhalten. Ich halte insbesondere auf längere Sicht nichts von der Schließung

von Grenzen. Wir müssen auch wegen der veränderten demografischen Entwicklung für Migration offen sein, wenn auch unter bestimmten Bedingungen. Schauen Sie doch, was sich jetzt schon entwickelt, etwa in den internationalen Filmen aus Hollywood und anderen Zentren der Branche. Dort ist es normal geworden, dass Menschen mit unterschiedlicher Hautfarbe oder Herkunft alle Rollen übernehmen können. Da wird eine schwarze Frau von einem Weißen gerettet und umgekehrt. Da ist ein Schwarzer mal der Gute und mal der Bösewicht. Es geht um das Menschliche. Die Kinobesucher oder Netflix-Zuschauer sind dann nicht mehr überrascht, dass sie Menschen unterschiedlicher Herkunft und Aussehen auch in ihrer Stadt begegnen.

Die jungen Leute machen sich ohnehin mehr über das Klima Sorgen.

BIEDENKOPF Manche Prozesse sind irreversibel. Gletscher sind geschmolzen, die Polkappen werden kleiner, Australien bekommt die Brände nicht in den Griff. Wir können solche Prozesse, die sich inten-

siv auf den Klimawandel auswirken, verlangsamen, vielleicht ganz stoppen. Wir müssen sie aber vor allem verstehen. Ich finde die Bewegung Fridays for Future und die Umweltaktivistin Greta Thunberg bemerkenswert. Die Schülerin aus Schweden habe ich selbst erlebt. Aber wir müssen auch darauf achten, dass die Jugendlichen ihre Ausbildung nicht zu sehr reduzieren. Sonst wird ihnen die Expertise dafür fehlen, wie man mit der Jahrhundertherausforderung umgehen muss.

ZÖPEL Große Unternehmen müssen bereit sein, bei ihren langfristigen Investitionen Technologien zu benutzen, die nicht klimaschädlich sind. Ich kann mich noch an die Zeit erinnern, als Windkraft nicht als Alternative zur Kernkraft angesehen wurde. Jetzt lassen sich sogar die Kohlekraftwerke ersetzen. Eine Verkehrswende ist nur zu schaffen, wenn die Autokonzerne den Technologiewechsel vollziehen – besser in Richtung grünem Wasserstoff als in Richtung Elektromobilität.

MARTIN KESSLER FÜHRTE DAS GESPRÄCH



Christoph Zöpel (SPD) war von 1978 bis 1990 NRW-Minister, zuletzt für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr.



Kurt Biedenkopf (CDU) war von 1973 bis 1977 CDU-Generalsekretär und später von 1990 bis 2002 Ministerpräsident von Sachsen.

FOTOS: OLIVER KILLIG

SPD-Flügel will Industrie fördern

Die konservativen „Seeheimer“ fordern geringere Stromkosten für Unternehmen.

BERLIN (jd) Die unter den Vorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans stärker nach links ausgerichtete SPD soll mehr Industriepolitik wagen. Das fordert der konservative „Seeheimer Kreis“ der SPD-Bundestagsfraktion in einem Positionspapier, das unserer Redaktion vorliegt. Darin pochten sie auf Entlastungen für Unternehmen bei der Energiewende.

So heißt es auf den vier Seiten, dass es für Unternehmen der stromintensiven Industrie „eine zeitlich begrenzte Entlastung durch eine Absenkung der Steuern, Umlagen und Abgaben auf Strom“ geben müsse. Der Grund: Die „Seeheimer“ sehen durch die CO₂-Bepreisung zusätzliche Belastungen auf diese Unternehmen zukommen, weil sie von

einer Absenkung der EEG-Umlage aufgrund der bestehenden Befreiung nicht profitieren würden. Zudem wolle man Investitionen in eine klimaneutrale Produktion steuerlich fördern. „Im Gegenzug sollen sich diese Unternehmen verpflichten, ihre Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2035 deutlich zu reduzieren und bis 2050 komplett CO₂-neutral zu produzieren.“ Es brauche Klarheit bis zur Einführung der CO₂-Bepreisung, damit die Unternehmen ihre Zukunft weiterhin in Deutschland sähen. Den besten Klimaschutz gewährleiste man durch Arbeitsplätze. Zugleich fordern die „Seeheimer“ einen europäischen Binnenmarkt, „der nur CO₂-neutral produzierte Waren aus- und einführt“.

Der konservative Flügel, zu dem ein gutes Drittel der 152 sozialdemokratischen Abgeordneten gehört, pocht zudem auf eine Industriestrategie, die nicht nur nationale oder europäische Champions in den Blick nimmt, sondern auch mittelständische Unternehmen. „Man hat schon Zweifel, ob Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) die enorme Bedeutung der heimischen Industrie mit samt den dazugehörigen Wertschöpfungsketten inklusive Handwerk für den Wirtschaftsstandort auch nur ansatzweise erkannt hat“, sagte Dirk Wiese, Sprecher des Seeheimer Kreises. Es hatte scharfe Kritik aus der Wirtschaft an einer ersten Industriestrategie des Ministers gegeben, bis er Nachbesserungen versprach.

NRW ruft kaum Fördergeld ab

Kreise und Städte beklagen Bürokratie beim Bau neuer Sozialwohnungen.

DÜSSELDORF (tor) Die landesweite Krise im sozialen Wohnungsbau setzt sich fort. In einer Umfrage des WDR gaben 20 der 54 Kreise und kreisfreien Städte in NRW an, im vergangenen Jahr weniger als die Hälfte der bereitgestellten Landesmittel genutzt zu haben. Zehn Städte hätten sogar überhaupt keine Fördermittel für neue Sozialwohnungen abgerufen, so der WDR. Zur Begründung verwiesen die Kreise auf Personalmangel und hohe bürokratische Hürden beim Abrufen der Fördergelder. Das Bauministerium hielt dagegen, NRW gehöre bei der Förderung von Sozialwohnungen zu den „aktivsten und erfolgreichsten Bundesländern“.

Schon 2018 waren landesweit nur 6159 neue Sozialwohnungen

entstanden, fast 15 Prozent weniger als 2017. Die Zahlen überraschten, weil das Land 2018 so viel Geld für die Förderung von Wohnraum ausgegeben hatte wie seit 2012 nicht mehr. Laut WDR ging der soziale Neubau 2019 nun erneut um zehn Prozent zurück. Die genauen Zahlen will das NRW-Bauministerium Anfang Februar veröffentlichen. Der soziale Wohnungsbau soll vor allem einkommensschwache Menschen mit Wohnraum versorgen. Angesichts der seit Jahren stark steigenden Mieten hat in etlichen Großstädten inzwischen aber fast die Hälfte der Bevölkerung Anspruch auf eine Sozialwohnung. In den Ballungsräumen des Landes ist die Wohnungsnot im Niedrigpreissegment am größten.

Der stellvertretende Fraktionschef der SPD im Landtag, Jochen Ott, sagte unserer Redaktion: „Sollten sich diese Zahlen durch die Landesregierung bestätigen, wäre das eine totale Bankrotterklärung für Bauministerin Scharrenbach. Sie muss ihre offiziellen Zahlen jetzt umgehend auf den Tisch legen.“ Die Opposition im Landtag fordert unter anderem die Neugründung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft, die gezielt günstigen Wohnraum schaffen soll. Über eine solche verfügte NRW bis 2008. Die damalige schwarz-gelbe Landesregierung hatte die hochdefizitäre und von vielen Skandalen geschüttelte LEG 2008 privatisiert. Seither macht das Unternehmen Gewinne und bietet immer noch günstigen Wohnraum an.